



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
22. Sitzung des Werkausschusses EBL
am Donnerstag, 09.07.2015

Ort: Kantine EBL, Malmöstraße 22, Lübeck
Beginn: 16:34 Uhr
Ende: 18:09 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Henri Abler- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Thomas Kröger- SPD	Vertretung für: Herrn Quirder, Harald
Gerhard Burmester- SPD	Vertretung für: Herrn Zahn, Frank
Dirk Freitag- CDU	
Hans-Jürgen Martens- DIE LINKE	Vertretung für: Frau Jansen, Antje - ab 16:46 Uhr, TOP 4.1
Silke Mählenhoff- Bü90/DIEGRÜNEN	bis 17:35 Uhr, TOP 5.1
Dirk Rewohl- SPD	Vertretung für: Herrn Reinhardt, Peter
Brigitte Ziebell- CDU	Vertretung für: Herrn Krause, Ulrich

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Günter Büttner- CDU	
Werner Horstmann- Die PARTEI-PIRATEN	ab 16:40 Uhr, TOP 4.1
Manfred Kirch- FDP	Vertretung für: Frau Dr. Blunk, Michaela
Dr. Volker Koß- Bü90/DIEGRÜNEN	
Klaus Hinrich Rohlf- CDU	
Thomas Wiese- SPD	

Verwaltung

Jürgen Adler-	EBL
Ingo Beutler-	SBV EBL
Jörn Garbers-	EBL

Dr. Olga Koop-	FBC FB 3
Tino Martsch-	EBL
Matthias Pommer-	Personalrat SRL/SBV SRL
Manfred Rehberg-	Spartenleiter SRL
Ingo Stahlkopf-	Personalrat EBL
Cornelia Tews-	EBL
Enno Thyen-	Spartenleiter Stadtentwässerung
Dr. Jan-Dirk Verwey-	Direktor EBL
Erhard Wilcken-	Geschäftsführer WA EBL

Protokollführung

Undine Wetter-

Gäste

Martin Kucharzik- CDU, öffentl. Teil

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Harald Quirder- SPD	fehlt
Antje Jansen- DIE LINKE	fehlt
Ulrich Krause- CDU	fehlt
Marcellus Niewöhner- BfL	fehlt
Peter Reinhardt- SPD	fehlt
Frank Zahn- SPD	fehlt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Michaela Blunk- FDP	fehlt
-------------------------	-------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
3. Feststellung der Niederschrift der 21. Sitzung des Werkausschusses am 11.06.2015 - öffentlicher Teil
4. Mitteilungen
 - 4.1. Mitteilungen der Fachbereichsleitung
 - 4.2. Mitteilungen der Werkleitung
 - 4.2.1. Information zum Abwasserbeseitigungskonzept 2013 - 2017 für die Hansestadt Lübeck
 - 4.2.2. Stand Wertstoffgesetz
 - 4.2.3. Stand Sanierung Nordwestbereich Deponie Niemark
5. Vorlagen
 - 5.1. Strategische Entwicklung der Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck – Szenarien und Handlungsempfehlungen
Vorlage: VO/2015/02733
6. Berichte
7. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8. Anträge von Ausschussmitgliedern
 - 8.1. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Fahrräder für Flüchtlinge
Vorlage: VO/2015/02779
9. Neue Anfragen und Verschiedenes
 - 9.1. Anfrage von Herrn Lange (SPD) zum Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz - BilRUG
15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung unter Zuordnung der als vertraulich zu behandelnden Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil.

TOP 3 Feststellung der Niederschrift der 21. Sitzung des Werkausschusses am 11.06.2015 - öffentlicher Teil

Herr Dr. Verwey beantwortet die Frage von Herrn Reinhardt aus der letzten Sitzung des Werkausschusses vom 11.06.2015 zu TOP 5.1, wer in der Travemünder Allee der Straßenbaulastträger sei. Nach Recherche der EBL erklärt Herr Dr. Verwey, dass die Ortsdurchfahrt im Verlaufe der Travemünder Allee (B75) durch den Träger der Straßenbaulast winterdienstmäßig betreut werden müsse. Zitat nach § 5 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG): „Die Gemeinden mit mehr als 80.000 Einwohnern sind Träger der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen.“ Deshalb sei die EBL verpflichtet, dort Winterdienst zu leisten.

Der Ausschuss stellt die Niederschrift Nr. 21 vom 11.06.2015 (öffentlicher Teil) durch einstimmigen Beschluss fest.

TOP 4 Mitteilungen

TOP 4.1 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

Keine.

**TOP 4.2.1 Information zum Abwasserbeseitigungskonzept 2013 - 2017 für die
Hansestadt Lübeck**

Herr Dr. Verwey informiert über den Stand des aktualisierten Abwasserbeseitigungskonzeptes und erklärt den jeweiligen 5-Jahres-Rhythmus - hier 2013 bis 2017. In der heutigen Sitzung hätten die Ausschussmitglieder die Möglichkeit, hierzu ihre Fragen zu stellen bzw. Anregungen abzugeben. Die daraus resultierende Vorlage sei für die Senatsitzung am 15.07.2015 auf der Tagesordnung vorgesehen und könne sodann am 10.09.2015 in der Sitzung des Werkausschusses behandelt werden.

Herr Dr. Verwey übergibt das Wort an Herrn Garbers.

Herr Garbers stellt sich den Sitzungsteilnehmern vor und erklärt, dass das Abwasserbeseitigungskonzept eine Generalplanung sei. Sie diene als wichtige Informationsquelle für Politik, Stadtplaner sowie die Wasserbehörde und als gemeinsame Datengrundlage. Das Konzept beinhaltet wesentliche Aussagen zu Kläranlagen sowie hydraulische Daten über Einzugsgebiete in Lübeck.

Das Landeswassergesetz schreibe vor, dass für jede Gemeinde eine Abwasserbeseitigungspflicht bestehe. Mit diesem Konzept sei u. a. eine rechtliche Grundlage geschaffen worden, um die Abwasserbeseitigungspflicht auf Grundstückseigentümer zu übertragen. In der Folge können beim Land für die Kläranlagen entsprechende Fördermittel beantragt werden.

Außerdem würde das Abwasserbeseitigungskonzept den EBL Rechts- und Planungssicherheit geben.

Herr Garbers erläutert weiterhin den Aufbau des Konzeptes und die neuen Inhalte, wie z. B. Einfluss der Stadtplanung auf die Planung der Kanalisation und Kläranlagen sowie die Auswirkungen des Klimawandels. Hierbei sei der Rückstauschutz von besonderer Bedeutung.

Nach dem Beschluss der Bürgerschaft und der Genehmigung durch die Wasserbehörde sei eine entsprechende Anpassung der Entwässerungssatzung erforderlich.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Garbers für die ausführliche Darstellung.

Herr Freitag fragt nach der Verteilung der gesamten Unterlagen zur Vorlage. Herr Dr. Verwey erklärt, dass die Fraktionsbüros jeweils einen kompletten Satz der Unterlagen mit Plänen erhalten würden. Die Werkausschussmitglieder erhalten die Vorlage sowie auch einen USB-Stick mit umfangreichen Daten und Plänen.

Herr Büttner fragt, wie weit die Trennung Regenwasser/Schmutzwasser im Gebiet der Hansestadt Lübeck inzwischen fortgeschritten sei. Herr Garbers erklärt, dass insgesamt noch 23 % Mischwasserkanalisation bestehe, mithin 135 km. In den letzten 5 Jahren seien 18 km getrennt worden.

TOP 4.2.2 Stand Wertstoffgesetz

Herr Dr. Verwey erläutert die gemeinsamen Eckpunkte des neuen Wertstoffgesetzes der SPD-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Fraktion. Eine Wertstoffentsorgung solle ohne die Kommunen stattfinden. Dieses stoße jedoch auf Kritik des Verbandes der Kommunalen Unternehmen (VKU).

Das bestehende System soll auf andere Wertstoffe aus Kunststoff und Metall ausgeweitet werden – Verkaufsverpackungen und stoffgleiche Wertstoffe, z. B. Wäschekörbe, Spielzeug etc.

Mehr Systemhoheit bei den Kommunen anzuordnen (Bestimmungen über Sammelsysteme), dies wird von Herr Dr. Verwey ausdrücklich unterstützt. Alles Weitere wird der politische Prozess bis Ende des Jahres zeigen.

Herr Büttner gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass eine reine Althandyabgabe in Sammelstellen nicht ausreichen würde. Gerade Schulkindern sollte ein finanzieller Anreiz zur Abgabe geboten werden. Er sehe hier enorme Ressourcen.

Herr Dr. Verwey verweist auf das gesetzliche Sammelsystem, letztendlich stehe der Gesetzgeber dahinter.

TOP 4.2.3 Stand Sanierung Nordwestbereich Deponie Niemark

Herr Dr. Verwey informiert über die neue DSD-Ausschreibung bezüglich Sammeln von Altglas in Lübeck. Der neue Dienstleister werde weiterhin die Firma Remondis sein.

TOP 5 Vorlagen

TOP 5.1 Strategische Entwicklung der Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck – Szenarien und Handlungsempfehlungen Vorlage: VO/2015/02733

Herr Dr. Verwey verweist auf die bereits in vergangenen Sitzungen vermittelten Informationen zur Strategischen Entwicklung der Abfallwirtschaft in der Hansestadt Lübeck. Die EBL habe u. a. die Erfahrungen anderer Kommunen genutzt und auf der Basis von insgesamt 27 untersuchten Themen ihre Ideen vorgestellt. Hiermit seien Grundlagen geschaffen worden, um das Unternehmen kurz- und mittelfristig weiterzuentwickeln sowie

konkrete Schwerpunkte zu setzen. Diese Vorlage dient als umfangreiche Informationsquelle für die Politik.

Herr Rohlf bemängelt den zeitlichen Ablauf und bemerkt, dass der Werkausschuss seinerzeit die Empfehlung gegeben habe, dass der Lübecker Restmüll weiter auf der MBA verbleibe.

Herr Dr. Verwey bezieht sich auf die seinerzeitige Diskussion im Werkausschuss. Er erklärt, dass die EBL Teil der Verwaltung sei und sich an die Strukturen halten müsse. Die Vorlage sei im Senat vertagt worden, deshalb könne sie erst jetzt im Ausschuss behandelt werden.

Herrn Martens fehlen Details zu einer eventuellen Gebührenausswirkung.

Herr Wiese sieht dies unkritisch und erklärt, dass es sich hierbei um Szenarien und Handlungsempfehlungen handele. Dies seien alles gesammelte Ideen, auf deren Grundlage etwas entwickelt und sodann gearbeitet werden könne. Jeder einzelne Handlungsschritt müsse als Vorlage in den Ausschuss und werde dann einzeln beschlossen.

Herr Dr. Koß findet positive Inhalte, z. B. die Abholung der E-Geräte aus den Wohnungen. Er zeigt sich überrascht bezüglich der „Schwarztonnen“.

Zum Thema „Schwarztonnen“ und Barcode sprechen Herr Dr. Verwey und Herr Rohlf.

Herr Rehberg erklärt, dass es sich bei der vorgelegten Ausarbeitung um ein Gesamtwerk einer eigens dafür gegründeten Arbeitsgruppe bei den EBL handele. Die Arbeitsgruppe bestehe aus EBL-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie aus externen Gutachtern, die Erfahrungen anderer Kommunen haben mit einfließen lassen. Auch sei eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durch die Gutachter erfolgt.

Herr Freitag findet die Ausarbeitung grundsätzlich gut, fragt jedoch, ob es sich um einen Bericht oder um eine Beschlussvorlage handele. Einen Bericht könne der Ausschuss auch nur zur Kenntnis nehmen. Würde dies ausreichen?

Hierbei wird er von Herrn Büttner unterstützt.

Herr Dr. Verwey möchte primär den Ausschuss informieren, jedoch den Prozess auch anschieben, um ihn zum Abschluss bringen zu können. Hierzu sei eine Handlungsempfehlung des Ausschusses notwendig, um weiter arbeiten und vorangehen zu können.

Herr Burmester stellt den gravierenden Unterschied zwischen Bericht oder Abstimmung über diese Vorlage dar. Es ist eine Vorlage und er ist dagegen, dass man dies zu einem Bericht umwandelt. Nur wenn heute ein Beschluss gefasst werde, könne die EBL weiterarbeiten.

Die Befürchtung von Herrn Freitag, dass etwas in Gang gesetzt werde, könne er nicht teilen. Der Ausschuss müsse Vertrauen in die EBL setzen.

Weiter diskutieren die Herren Martens, Rohlf und Dr. Verwey.

Herr Dr. Koß bittet um eine textliche Erweiterung des Punktes 2 des Beschlussvorschlages wie folgt: „Dabei sind die Ziele, wie sie in der Ausarbeitung auf Seite 7 des Gutachtens definiert sind, zu Grunde zu legen.“

Herr Freitag stimmt dem Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Koß zu und bittet um eine Unterbrechung der Sitzung.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 17:53 Uhr bis 18:00 Uhr.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung beantragt Herr Freitag für die CDU-Fraktion außerdem nachfolgende Ergänzung unter Punkt 3 in den Beschlussvorschlag aufzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Ausarbeitung „Strategische Planung Abfallwirtschaft für die Entsorgungsbetriebe Lübeck“ und die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Entsorgungsbetriebe Lübeck werden beauftragt, die Abfallwirtschaft der Hansestadt Lübeck im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Ziele der Hansestadt Lübeck weiter zu entwickeln. Dabei sind die Ziele, wie sie in der Ausarbeitung auf Seite 7 des Gutachtens definiert sind, zu Grunde zu legen. Die Ausarbeitung dient den EBL als Handlungsleitfaden.
3. Die einzelnen Handlungsempfehlungen sind bis zur Entscheidungsreife weiter zu verfolgen. Darüber ist im Werkausschuss zu berichten. Dabei ist auch über anstehende Ausschreibungen, die die Wertgrenze der Betriebssatzung erreichen, zu informieren.
4. Vor einer Umsetzung einzelner Maßnahmen sind in den gemäß Betriebssatzung zuständigen Gremien entsprechende einzelne Beschlüsse herbei zu führen.

Beschluss:

1. Die Ausarbeitung „Strategische Planung Abfallwirtschaft für die Entsorgungsbetriebe Lübeck“ und die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Entsorgungsbetriebe Lübeck werden beauftragt, die Abfallwirtschaft der Hansestadt Lübeck im Rahmen der abfallwirtschaftlichen Ziele der Hansestadt Lübeck weiter zu entwickeln. Dabei sind die Ziele, wie sie in der Ausarbeitung definiert sind, zu Grunde zu legen. Die Ausarbeitung dient den EBL als Handlungsleitfaden.
3. Die einzelnen Handlungsempfehlungen sind bis zur Entscheidungsreife weiter zu verfolgen. Darüber ist im Werkausschuss zu berichten.
4. Vor einer Umsetzung einzelner Maßnahmen sind in den gemäß Betriebssatzung zuständigen Gremien entsprechende einzelne Beschlüsse herbei zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss empfiehlt mit den Ergänzungen im Beschlussvorschlag (kursiv und unterstrichen dargestellt) einstimmig der Bürgerschaft, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

TOP 6 Berichte

Keine.

TOP 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Keine.

TOP 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

TOP 8.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Fahrräder für Flüchtlinge Vorlage: VO/2015/02779

Herr Rehberg erklärt, dass die EBL sich mit der Toys Company und der Gemeindediakonie zusammengesetzt habe, um eine adäquate Lösung zu diesem Thema zu finden. Die auf den EBL-Wertstoffhöfen abgegebenen Fahrräder werden von der Toys Company abgeholt und repariert. Danach können sie von der Gemeindediakonie an die Flüchtlinge verteilt werden.

Der Vorsitzende bemerkt, dass sich der Antrag in der Umsetzung befinde.

Beschluss:

Die Entsorgungsbetriebe Lübeck (EBL) werden gebeten, zur Juli-Sitzung des Werkausschusses zu berichten, wie in den Recycling-Höfen abgegebene brauchbare Fahrräder und Fahrradteile gesammelt und Asyl suchenden Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss nimmt die Antwort zum Antrag zur Kenntnis.

TOP 9 Neue Anfragen und Verschiedenes

TOP 9.1 Anfrage von Herrn Lange (SPD) zum Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz - BiIRUG

Herr Dr. Verwey informiert, dass dieses Thema bekannt sei und die EBL mit den Wirtschaftsprüfern bereits darüber gesprochen habe. Eine entsprechende Berücksichtigung werde erfolgen.

zu 9.2 Anfragen von Herrn Burmester

Herr Burmester fragt nach dem Sachstand zur Begründung der Klage in Sachen Straßenreinigungsgebührensatzung. Herr Dr. Verwey erklärt, dass die EBL die vom

Oberverwaltungsgericht Schleswig angeforderten Unterlagen fristgerecht eingereicht haben und die Klägersseite vermutlich an einer Klagebegründung arbeite.

zu 9.3 Anfragen von Herrn Büttner

Herr Büttner bittet um Informationen zum Stand der Altkleidersammlung zu einer der nächsten Sitzungen.

Der Vorsitzende stellt um 18:08 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

TOP 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erklärt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung 1 Beschluss gefasst worden sei.

Lübeck, den 16. September 2015

Henri Abler
Vorsitz

Undine Wetter
Protokollführung